

Die I.G. Farben und die Politik Hitlers

Frank Bechtoldt, Arbeitsgruppe für Geschichte der Mathematik
und der Naturwissenschaften, Fachbereich Mathematik,
Johannes Gutenberg Universität, Saarstraße 21, 6500 Mainz

Um die Geschichte der I.G. Farben in den Jahren 1933 bis 1945, verstehen zu können, müssen Erklärungszusammenhänge aufgezeigt werden, die bis zum Ersten Weltkrieg zurückreichen. Der Komplex I.G. Farben ist nur zu begreifen, wenn man die wirtschaftlichen Ziele, die mit Hilfe der Industrie, speziell der Chemischen Industrie, erreicht werden sollten, in den übergeordneten Rahmen der macht-, militär- und rassenpolitischen Ziele Hitlers einordnet.

Ökonomisch war das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg von der Weltwirtschaft so gut wie isoliert. Aufgrund des Versailler Vertrages waren Deutschland und seiner Wirtschaft so horrende Reparationszahlungen auferlegt worden, daß eine aktive Rolle auf dem Weltmarkt im Grunde nicht möglich war.¹ Daraus erklärt sich die in Deutschland andauernde wirtschaftliche Krise.

Wenn Hitler tatsächlich von Anfang an die Absicht hatte, einen Krieg zu führen, so befand er sich aufgrund der Finanzlage Deutschlands in einer schwierigen Situation. Hitler strebte deshalb von Anfang an die Autarkie des Deutschen Reiches auf dem Rohstoffsektor an. Um die Wirtschaft wieder aktionsfähig zu machen, entwickelte man einen Finanztrick: Man stellte die sogenannten Mefo-Wechsel aus, die nicht gedeckt waren, beabsichtigte auch nicht, sie jemals einzulösen, konnte so aber riesige Aufträge an die größten Firmen erteilen.² Damit versuchte man, von Rohstoffimporten unabhängig zu werden, und begründete den intensiven Ausbau der Rüstungsindustrie und der Wehrmacht mit den Bedingungen des Versailler "Schand- und Diktatfriedens". Die macht- und militärpolitischen Ziele und die Prämisse, den Krieg zur Gewinnung von Lebensraum im Osten zu führen, geben all diesen Maßnahmen einen logischen Zusammenhang. So führte man eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Wehrmacht herbei.³

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß Hitler das Bewußtsein besaß, im technischen Zeitalter zu leben. Noch die Regierungen, die den Ersten Weltkrieg herbeiführten, betrieben eine Kabinettpolitik, die aus dem 19. Jahrhundert stammte und den Krieg als Ehrenhandel und legitimes Mittel der Politik ansah. Für alle beteiligten Nationen war es ein Schock, als der Krieg in seinen großen Vernichtungs- und Materialschlachten offenbarte, daß man die eigenen Mittel unterschätzt hatte.⁴ Es hat den Anschein, daß nur Hitler aus diesem Krieg gelernt hatte. Er wußte um die Bedeutung der Technik für die moderne

Kriegführung. Deshalb wurden alle Anstrengungen unternommen, Wirtschaft, Wissenschaft und Wehrmacht effizient zusammenarbeiten zu lassen. Die deutsche Wehrkraft sollte wieder hergestellt und zügig ausgebaut werden. In diesem Sinne versteht sich auch Hitlers militärpolitische Entscheidung, die Panzerwaffe zu entwickeln und die Luftwaffe auszubauen; denn beiden Waffengattungen sollte in einem zu führenden Krieg eminente Bedeutung zukommen.⁵

Im Bereich der Wissenschaft erfolgte die Gleichschaltung im Jahre 1937 durch die Gründung des Reichsforschungsrates.⁶ Auch die Wirtschaft sollte durch die Aufhebung der Selbstverwaltung und die Einführung des Führerprinzips dem Regime unterstellt werden. Nicht zuletzt diesem Ziel diente die Gründung des Reichsforschungsrates, zu dessen Präsident der Artilleriegeneral Prof. Becker ernannt wurde. Auf diese Weise wurde die an sich zivile Position eines "Koordinators der Wissenschaft" mit einem Offizier besetzt, womit von Anfang an eine militärische Ausrichtung der wissenschaftlichen Forschung beabsichtigt war. Diese Intention wurde noch dadurch untermauert, daß man gleichzeitig eine Zentralstelle für Heeresphysik und Heereschemie einrichtete. Von diesem Zeitpunkt an forderte man von allen Wissenschaften den Nachweis, einen Beitrag zur Wehrwissenschaft zu erbringen. Forschungsbereiche, die dies leisteten, wurden finanziell unterstützt und ausgebaut.⁷

Darüberhinaus wurden auch gezielt wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen, bei denen gerade der I.G. Farben eine besondere Rolle zukam. Zeigte schon der Vierjahresplan⁸, der auch als I.G.-Plan bezeichnet wurde, die immense Bedeutung, die der I.G. Farben damals zukam, so wird dieser Eindruck noch dadurch verstärkt, daß auch in der bisher kaum beachteten "Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft" (Wifo) der I.G. Farben die führende Rolle zufiel.⁹ Gesellschafter der 1934 gegründeten Wifo waren die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa), sowie die I.G. Farben und von 1935 an die Deutsche Bau- und Bodenbank. Im Jahre 1943 wurde das Deutsche Reich (Reichswirtschaftsministerium) Alleingesellschafter. Der Gegenstand der Unternehmung war hauptsächlich der Handel mit Mineralölen und die Versorgung der Luftwaffe mit Treibstoffen.

Alle wirtschaftlichen Maßnahmen wurden mit der hohen Arbeitslosigkeit, der schlechten wirtschaftlichen Lage und dem daraus resultierenden Devisenmangel begründet, so daß der Eindruck entstehen konnte, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik führe die geplanten Vorhaben der Präsidialkabinette der Weimarer Republik, die diese aus Geldmangel zum Teil hatten einstellen müssen, konsequent weiter. Die Zielsetzung von Hitlers Politik war aber von Anfang an eine völlig andere; daher erscheinen diese Maßnahmen nur als Stationen auf dem Weg zum Krieg.

Um die Wirtschaftsunternehmen, speziell die I.G. Farben, zu einer an sich unattraktiven Produktion von Ersatzstoffen anzuregen, obgleich die Rohstoffe auf dem Weltmarkt z.T. günstiger erhältlich gewesen wären, gab der Staat den Firmen Abnahmegarantien für synthetischen Treibstoff und später für die Buna-

produktion. Zusätzlich war man bereit, Preise zu zahlen, die über den Preisen der natürlichen Rohstoffe lagen und somit nicht nur die Kosten deckten, sondern noch einen Überschuß abwarfen. Die Treibstoffmengen, die an die Wehrmacht geliefert werden sollten, waren im Vierjahresplan festgelegt; Oberst Löb konnte aber seinem Vorgesetzten Göring ein Jahr nach Inkrafttreten des Planes in Bezug auf die erfolgten Lieferungen und die damit verbundene Einsparung von Devisen keine befriedigenden Zahlen nennen. Die Verfahren waren noch nicht ausgereift.¹⁰ Eine Verbesserung der Effizienz erhoffte man sich daher vom Reichsforschungsrat. Die I.G. Farben hatte sich somit von einer Weltfirma, die von den Autarkiebestrebungen des Reiches nichts halten konnte, zu einem der wichtigsten Partner eines Regimes entwickelt, das einen Eroberungskrieg plante. Im Jahre 1937 waren alle jüdischen Direktoren der I.G. entfernt und gehörten alle Vorstandsmitglieder nun der NSDAP an.

Wissenschaft und Technik, institutionalisiert in der I.G. Farben, wurden instrumentalisiert und bekamen ihren Stellenwert im nationalsozialistischen System. Im Vordergrund stand nicht mehr die eigentliche Grundlagenforschung, sondern man setzte auf die Technik als Mittel zur Ausstattung einer starken, kriegsfähigen Armee. Die Technik war in der Lage, die Mittel bereitzustellen. Daher nahm man sogar ökonomisch unsinnige Unternehmungen in Kauf, um sich von Rohstofflieferungen aus dem Ausland unabhängig zu machen. Nach dem Kriegsausbruch verstrickte sich die I.G. Farben immer mehr in die Machenschaften des NS-Regimes. Die I.G. Farben folgte der Wehrmacht und ergriff Besitz von den feindlichen Fabriken. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die Errichtung von Anlagen zur Herstellung von synthetischem Treibstoff und künstlichem Gummi in Polen, wozu man vom NS-Regime zur Verfügung gestellte KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter heranzog. Auf diese Weise sollte unmittelbar hinter der Front der Nachschub für Hitlers Truppen im Feldzug gen Osten gesichert werden, um bis zu den natürlichen Rohstoffvorkommen bei Stalingrad gelangen zu können. Spätestens hier erwies sich die I.G. Farben als wichtiges Instrument der macht-, militär- und rassenpolitischen Ziele Hitlers. Zu ihrer Erreichung hatte dieser von Anfang an auf die Hilfe der Industrie beim Aufbau einer schlagkräftigen Wehrmacht auf hohem technologischem Niveau gesetzt.

- 1 Ausführlich dazu vgl. John Maynard, *The Economic Consequences of the Peace* (London 1919); dt. *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* (München, Leipzig 1920).
- 2 Siehe Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im "Dritten Reich": Der nationalsozialistische Vierjahresplan* (Stuttgart 1968).

- 3 Vgl. Richard Donnevert (Hrsg.), *Wehrmacht und Partei*, 2. Aufl. (Leipzig 1939).
- 4 Diese These vertritt Bruno Thoss, *Der Ludendorff-Kreis 1919-1923* (München 1978).
- 5 Vgl. dazu die Memoiren von Erich von Manstein.
- 6 Beide Reden sind abgedruckt bei: Max Domarus, *Hitler: Reden und Proklamationen 1932-1945*, 2 Bde (Wiesbaden 1973), Bd I, S. 1058; Bd II, S. 1937.
- 7 Vgl. Domarus (wie Anm. 9).
- 8 Wilhelm Treue, "Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936," *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), 184-210.
- 9 Bundesarchiv Koblenz, R 125.
- 10 Bundesarchiv Koblenz, R 26 I und R 26 III.